

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 45 | 11.11.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 407/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die Studienförderung für Studierende an Privathochschulen und Privatuniversitäten (**Privathochschul-Studienförderungsverordnung** – PrivHStFVO)

[BGBl II 408/2022](#)

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (**Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung** 2013 – 4. Novelle 2022, GSNE-VO 2013 – 4. Novelle 2022)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 284 v 04.11.2022, 23](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2022/2105 der Kommission vom 29. Juli 2022 mit Vorschriften für die **Konformitätskontrolle** der **Vermarktungsnormen für Olivenöl** und Methoden zur Analyse der Merkmale von Olivenöl

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

26.11.2020, [E 3828/2019](#)

ASVG; Ablehnung der Behandlung einer Beschwerde betreffend die Feststellung des – vom biologischen Geburtsdatum abweichenden – Geburtsdatums nach dem ASVG zur **Beurteilung altersbezogener Leistungsansprüche**

29.06.2022, [V 324/2021](#)

6.COVID-19 SchutzmaßnahmenVO; keine Gesetzeswidrigkeit der 6.COVID-19 SchutzmaßnahmenVO betreffend die **2G-Vorbehalte für Kundenbereiche des Handels und von Dienstleistungsunternehmen** sowie eine **ganztägige Ausgangsbeschränkung** für weder geimpfte noch genesene Personen; hinreichende Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen im Verordnungsakt hinsichtlich der – gesetzlich gedeckten – Ausgangsregelung; keine **Verletzung im Gleichheitsrecht** durch die Differenzierung zwischen geimpften bzw genesenen Personen einer- und ungeimpften Personen andererseits auf Grund des deutlichen Unterschieds der Inzidenzen gemessen am Immunitätsstatus und der höheren Hospitalisierungszahlen von Personen ohne Schutzimpfung; **Unerlässlichkeit der Ausgangsregelung**, um einen drohenden Zusammenbruch der medizinischen Versorgung zu verhindern; Beschränkungen verhältnismäßig und im Gestaltungsspielraum des Verordnungsgebers; keine Verletzung im **Recht auf Privatsphäre** durch die Rückwirkungen der Maßnahmen auf die Impfentscheidung des Einzelnen („indirekter Impfwang“)

22.09.2022, [V 129/2021](#)

Vbg RaumplanungsG; Aufhebung von Teilen der Änderung eines Flächenwidmungsplans einer Vbg Gemeinde betreffend die **Umwidmung von Flächen** in „Freifläche-Sondergebiet“ für die beabsichtigte **Erweiterung eines bestehenden Industrieetriebs**; gewerbliche Anlage nicht mit dem im Grünland zulässigen Nutzungszweck vereinbar; Widmung als „Baufläche-Betriebsgebiet (Kategorie I oder II)“ für die Betriebserweiterung notwendig aber auf den Flächen in der Landesgrünzone Walgau nicht zulässig; Flächenwidmungsplan darf der – mit Landesraumplan eingerichteten – GrünzonenVO nicht widersprechen

22.09.2022, [G 342/2020](#)

Bauern-SozialversicherungsG; kein Verstoß gegen den **Gleichheitsgrundsatz** durch den Ausschluss der begünstigten Versicherungsmöglichkeit für Kinder nach einer Bestimmung des Bauern-SozialversicherungsG bei **Absolvierung einer Schul- oder Berufsausbildung während der Mitarbeit im elterlichen Betrieb**; Ausschluss der Hauptberuflichkeit der Beschäftigung im elterlichen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb im Falle der Schul- oder Berufsausbildung im Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers; **Möglichkeit der nachträglichen Selbstversicherung** in der Pensionsversicherung für Zeiten des Besuchs einer Bildungseinrichtung; keine Vergleichbarkeit mit der Mitarbeit im elterlichen Betrieb in den Fällen der Heimlehre bzw Heimpraxis, die typischerweise den Hauptgegenstand der Tätigkeit bilden

22.09.2022, [E 1245/2022](#)

EMRK; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Verleihung der Staatsbürgerschaft; keine hinreichende Prüfung der vom Bf – durch besonders gewichtige, neu hinzutretende Umstände – ausgehenden Gefahr für das Grundinteresse der Gesellschaft in der Begründung des **Widerrufs der Zusicherung der Staatsbürgerschaft**; Verkennung der verfassungsgesetzlichen Bedeutung der Voraussetzungen des Widerrufs wegen Verletzungen der StVO und des COVID-19-MaßnahmenG

22.09.2022, [E 1969/2022](#)

EMRK; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Verleihung der Staatsbürgerschaft; keine hinreichende Prüfung der vom Bf – durch besonders gewichtige, neu hinzutretende Umstände – ausgehenden Gefahr für das Grundinteresse der Gesellschaft in der Begründung des **Widerrufs der Zusicherung der Staatsbürgerschaft**; Verkennung der verfassungsgesetzlichen Bedeutung der Voraussetzungen des Widerrufs wegen Verletzungen der StVO und des COVID-19-MaßnahmenG

22.09.2022, [E 2078/2022](#)

DatenschutzG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch die Feststellung einer Verletzung im **Recht auf Geheimhaltung von personenbezogenen Daten** bei deren Verarbeitung in einem Privatgutachten; kein Recht des im Scheidungsprozess befindlichen Ehegattens auf Geheimhaltung seiner Einkommensdaten; Rechtsanspruch der Ehegattin auf Auskunft und Rechnungslegung zur Festlegung des Unterhaltsbegehrens; berechtigtes Interesse der Ehegattin, dass sich der Ehegatte nicht der gesetzlichen Unterhaltspflicht durch Geheimhaltung seiner Einkommensdaten entziehen kann

22.09.2022, [E 2223/2022](#)

DatenschutzG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch die Feststellung einer Verletzung im **Recht auf Auskunft über die Herkunft von Daten** über eine Stiftung in einem Privatgutachten eines Wirtschaftstreuhanders gegenüber dem (Noch-)Ehe-

mann durch das BVwG; kein Recht des im Scheidungsprozess befindlichen Ehegattens auf Geheimhaltung seiner Einkommensdaten; keine Auskunftspflicht des Wirtschaftstreuhanders, soweit dies das Recht auf Verschwiegenheit zur Sicherstellung des Schutzes der Ehegattin erfordert

22.09.2022, [E 4583/2021](#)

EMRK; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Verleihung der Staatsbürgerschaft; keine hinreichende Prüfung der vom Bf – durch besonders gewichtige, neu hinzutretende Umstände – ausgehenden Gefahr für das Grundinteresse der Gesellschaft in der Begründung des **Widerrufs der Zusicherung der Staatsbürgerschaft**; Verkennung der verfassungsgesetzlichen Bedeutung der Voraussetzungen des Widerrufs wegen Verletzungen der StVO und des COVID-19-MaßnahmenG

26.09.2022, [G 291/2020-18](#), [V 484/2020-18](#)

Sbg Zweitwohnung-DeklarierungsVO; Gesetzwidrigkeit der Sbg Zweitwohnung-DeklarierungsVO auf Grund **Aufhebung ihrer gesetzlichen Grundlage** (Sbg RaumO) durch den VfGH

28.09.2022, [V 163/2022](#)

COVID-19-MaßnahmenG; Abweisung eines Eventualantrags auf Aufhebung von Bestimmungen einer COVID-19-MaßnahmenVO des Landeshauptmanns von Wien betreffend die **Maskentragepflicht an stark frequentierten öffentlichen Orten im Freien**; hinreichende Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen

29.09.2022, [SV 1/2021-23](#)

EMRK; Aufhebung von Bestimmungen des Amtssitzabkommens zwischen der Republik Österreich und der OPEC; Verstoß gegen das **Recht auf ein faires Verfahren** durch Bestimmungen des Amtssitzabkommens betreffend den Ausschluss der Zuständigkeit österreichischer Gerichte in arbeitsrechtlichen Verfahren gegen die OPEC; Immunität der internationalen Organisation sichert deren Funktionieren frei von einseitigen Eingriffen durch den Sitzstaat; derzeit **kein angemessener Rechtsschutzmechanismus** im Amtssitzabkommen

05.10.2022, [G 141/2022-13](#)

TelekommunikationsG; Aufhebung der Wortfolge einer Bestimmung des TelekommunikationsG betreffend die **Einräumung eines Infrastrukturrechts** (Standortrecht) für Antennentragemasten für Mobilfunkzwecke samt Zubehör wegen **Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz** sofern Verfügungen durch den staatlichen Liegenschaftseigentümer ausschließlich bei nachgewiesener technischer Notwendigkeit zulässig sind; bestehendes Standortrecht geht im Konfliktfall zwingend jedweden (zukünftigen) Maßnahmen, bspw des sozialen Wohnbaus oder der verstärkten Nutzung von Solarenergie, vor; keine **Unsachlichkeit** und kein **unverhältnismäßiger Eigentumseingriff** durch die Einrichtung eines Standortrechts für Antennentragemasten an öffentlichen – und nicht auch privaten – Liegenschaften angesichts der Bedeutung einer hochwertigen digitalen Infrastruktur und der Abgeltung der Wertminderung der Liegenschaften

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

27.09.2022, [Ra 2021/11/0160](#)

ASVG; **Parteistellung der Wr Ärztekammer** in Bewilligungsverfahren für Errichtung von selbständigen (privaten) Ambulatorien ist auf Frage der **Bedarfsprüfung** begrenzt, also auf Frage, ob es durch Errichtung eines Ambulatoriums zu einer Verbesserung des Versorgungsangebotes kommt; Bedarfsprüfung erfolgt dann nicht, wenn im geplanten Ambulatorium nur „sozialversicherungsrechtlich nicht erstattungsfähige Leistungen“ erbracht werden sollen, also Leistungen, die ohnedies nicht unter Verwendung (öffentlicher) Mittel der Sozialversicherung angeboten werden; Durchführung von COVID-19-Test werden vom Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds finanziert, also aus allgemeinen Budgetmitteln und nicht aus Mitteln der Sozialversicherung; keine Parteistellung der Wr Ärztekammer bei Errichtung einer privaten Krankenanstalt für COVID-19-Tests

06.10.2022, [Ra 2022/06/0058](#)

Tir BauO; bei Zulässigkeit von **Immissionen** aus dem Blickwinkel der Flächenwidmung ist das Widmungsmaß des zur Bebauung ausersehenen Grundstücks maßgeblich, wobei die Summe des Ist-Maßes und des Prognosemaßes dieses **Widmungsmaß** nicht überschreiten darf; wenn die Ist-Situation an Immissionen bereits über dem so maßgeblichen Widmungsmaß liegt, ist der Wohncharakter des Gebiets zwar durch die das Widmungsmaß bereits übersteigenden Immissionen gekennzeichnet, jede weitere Erhöhung dieses das Widmungsmaß bereits überschreitenden Ist-Maßes durch eine weitere bauliche Anlage ist dann aber nicht mehr zulässig; **Auflagen** im Sinne des § 34 Abs 4 lit d tir BauO müssten dazu führen, dass die rechtmäßigen betrieblichen Immissionen durch geeignete Lärmschutzmaßnahmen an der Grenze des soweit gemindert werden können, dass die ohne diese von der Betriebsanlage ausgehenden Immissionen gegebene Grundbelastung nicht überschritten wird

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 22.09.2022, [L517 2252228-1](#)

ArbeitslosenversicherungsG; aus der **Weigerung einer regelmäßigen PCR-Testung** lässt sich eine generell zu qualifizierende Arbeitsunwilligkeit ableiten; die im Rahmen eines Arbeitsvertrags zukommenden Pflichten können von vornherein nicht erfüllt werden; eine Person, die es entgegen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen ablehnt, Vorschriften einzuhalten, die überhaupt erst die Anbahnung der Aufnahme einer Beschäftigung ermöglichen würden, steht der Arbeitsvermittlung gar nicht zur Verfügung; da die **Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt** als Voraussetzung für die Notstandshilfe somit weggefallen ist und auch von mangelnder Arbeitswilligkeit auszugehen ist, war die Notstandshilfe einzustellen

LVwG OÖ 23.08.2022, [LVwG-752567](#)

EpidemieG; die Tatsache, dass jemand als **Gesellschafter-Geschäftsführer** mit einer Beteiligung von 50 Prozent an der Gesellschaft (hier: GmbH) einen **wesentlichen Einfluss auf die Gesellschaft** hat, schließt seine Qualifikation als Arbeitnehmer aus

LVwG OÖ 22.09.2022, [LVwG-050226](#)

TierschutzG; die Behörde hat nach § 30 Abs 1 TierschutzG auch hinsichtlich solcher Tiere mit einer **Abnahme** zu verfahren, die vom Halter zurückgelassen werden; dies betrifft jene Fälle, in denen der/die Halter/in den **Verwahrungsort der Tiere** auf Dauer oder für eine nicht ganz unmaßgebliche Zeit verlässt; im Hinblick auf die Intention des Gesetzgebers, ist damit eine Zeitspanne gemeint, in der das Wohlbefinden des Tiers auch ohne menschliches Zutun nicht sichergestellt werden kann; aus welchem Grund das Zurücklassen des Tiers erfolgt, ist dabei unerheblich; auf die **behördliche Verwahrungspflicht** nach § 30 leg cit hat es keine Relevanz, ob das Zurücklassen des Tiers/der Tiere auf Initiative des Tierhalters erfolgt oder nicht (zB wegen einem Krankenhausaufenthalt), zumal das Wohlbefinden der Tiere zu sichern ist

LVwG Stmk 19.07.2022, [LVwG 47.5-6269/2022](#)

Stmk SozialunterstützungsG; beim Aufenthalt eines Bf in einer **forensischen Wohnunterbringung** handelt es sich nicht um eine stationäre Einrichtung im Sinne von § 2 Z 12 Stmk SozialunterstützungsG, deren Bewohner gemäß § 3 Abs 3 Z 5 leg cit nicht bezugsberechtigt sind; den in § 8 Abs 9 Z 1 leg cit angeführten Einrichtungen ist gemeinsam, dass es sich zum einen um Einrichtungen handelt, in denen sowohl **Unterkunft als auch Verpflegung** bereitgestellt wird, zum anderen, dass der **Aufenthalt nicht von langer Dauer** vorgesehen ist; dem Gesetzgeber kann hinsichtlich des § 8 Abs 9 Z 1 leg cit nicht unterstellt werden, dass der zustehende Höchstsatz jedenfalls um 50 % zu kürzen ist, unabhängig davon, ob von der Unterbringung die Verpflegung mitumfasst ist oder die betroffene Person für diese selbst aufzukommen hat

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

08.11.2022, Rs C-873/19, Deutsche Umwelthilfe (Réception des véhicules à moteur)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – **Übereinkommen von Aarhus** – Zugang zu Gerichten – Art 9 Abs 3 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 Abs 1 – Anspruch auf **effektiven gerichtlichen Rechtsschutz** – Umweltvereinigung – Klagebefugnis einer solchen Vereinigung zur Anfechtung der bestimmten Fahrzeugen erteilten EG-Typgenehmigung vor einem nationalen Gericht – Verordnung (EG) Nr 715/2007 – Art 5 Abs 2 Buchst a – **Kraftfahrzeuge** – Dieselmotor – Schadstoffemissionen – Ventil für die Abgasrückführung (AGR-Ventil) – Verringerung von Stickstoffoxid (NO_x)-Emissionen, die durch ein ‚Thermofenster‘ begrenzt wird – Abschaltvorrichtung – Zulassung einer solchen Einrichtung, wenn sie zum Schutz des Motors vor Beschädigungen oder Unfall und zur Gewährung des sicheren Betriebs des Fahrzeugs notwendig ist – Stand der Technik

08.11.2022, verb Rs C-885/19 P und Rs C-898/19 P, Fiat Chrysler Finance Europe/ Kommission

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – **Beihilfe des Großherzogtums Luxemburg** – Beschluss, mit dem die Beihilfe für mit dem Binnenmarkt unvereinbar und rechtswidrig erklärt und ihre Rückforderung angeordnet wird – Steuervorbescheid („tax ruling“) – Vorteil – Selektiver Charakter – **Fremdvergleichsgrundsatz** – Bezugsrahmen – Anwendbares nationales Recht – ‚Normale‘ Besteuerung

08.11.2022, verb Rs C-704/20 und Rs C-39/21, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Examen d’office de la rétention)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Inhaftnahme Drittstaatsangehöriger** – Grundrecht auf Freiheit – Art 6 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Voraussetzungen** für die **Rechtmäßigkeit der Haft** – Richtlinie 2008/115/EG – Art 15 – Richtlinie 2013/33/EU – Art 9 – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Art 28 – Kontrolle der Rechtmäßigkeit einer Inhaftnahme und der Aufrechterhaltung der Haft – Prüfung von Amts wegen – Grundrecht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsschutz – Art 47 der Charta der Grundrechte

10.11.2022, Rs C-211/20 P, Kommission/ Valencia Club de Fútbol

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Von einer öffentlichen Einrichtung gewährte **öffentliche Garantie** – **Kredite zugunsten dreier Fußballvereine** der Autonomen Gemeinschaft Valencia (FC Valencia, FC Hércules und FC Elche) – Beschluss, mit dem die Beihilfen für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt werden – Nichtigerklärung des Beschlusses, soweit er den FC Valencia betrifft – Begriff ‚Vorteil‘ – Beurteilung des Vorliegens eines Vorteils – Garantiemitteilung – Auslegung – Der Europäischen Kommission obliegende Sorgfaltspflicht – Beweislast – Verfälschung

10.11.2022, Rs C-163/21, PACCAR ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wettbewerb** – Ersatz des durch eine nach Art 101 Abs 1 AEUV verbotene Verhaltensweise verursachten Schadens – **Absprachen** über Preise und Bruttolistenpreiserhöhungen für Lastkraftwagen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) – Richtlinie 2014/104/EU – Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union – Art 22 Abs 2 – Zeitliche Geltung – Art 5 Abs 1 Unterabs 1 – Begriff der **relevanten Beweismittel**, die sich in der Verfügungsgewalt des Beklagten oder eines Dritten befinden – Art 5 Abs 2 – Offenlegung von bestimmten einzelnen Beweismitteln oder relevanten Kategorien von Beweismitteln auf der Grundlage der mit zumutbarem Aufwand zugänglichen Tatsachen – Art 5 Abs 3 – Prüfung der Verhältnismäßigkeit der beantragten Offenlegung von Beweismitteln – Abwägung der berechtigten Interessen der Parteien und Dritten – Umfang der sich aus diesen Vorschriften ergebenden Verpflichtungen

10.11.2022, Rs C-203/21, DELTA STROY 2003

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit** in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2005/212/JI – Anwendbarkeit – **Verhängung einer Geldstrafe** gegen eine juristische Person wegen der Nichtzahlung von Steuerschulden – Begriff ‚Einzahlung‘ – Art 48, 49 und 52 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Sanktionen strafrechtlicher Natur** – Grundsätze der Unschuldsvermutung, der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen – Verteidigungsrechte – Verhängung einer strafrechtlichen Sanktion gegen eine juristische Person wegen einer vom Vertreter dieser juristischen Person begangenen Straftat – Nicht abgeschlossenes paralleles Strafverfahren gegen diesen Vertreter – Verhältnismäßigkeit

[10.11.2022, Rs C-278/21, AquaPri](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 92/43/EWG – **Erhaltung der natürlichen Lebensräume** sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Art 6 Abs 3 – **Prüfung eines Projekts**, das ein Schutzgebiet beeinträchtigen könnte – Prüfungspflicht – Fortführung des wirtschaftlichen Betriebs einer bereits im Entwurfsstadium genehmigten Anlage unter unveränderten Bedingungen, wenn eine Genehmigung infolge einer unvollständigen Prüfung erteilt wurde

[10.11.2022, Rs C-385/21, Zenith Media Communications](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – Kartelle – Art 101 AEUV – Von der **nationalen Wettbewerbsbehörde** verhängte Sanktion – Festsetzung der **Höhe der Geldbuße** – Berücksichtigung des in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Umsatzes – An die nationale Wettbewerbsbehörde gerichteter Antrag auf Berücksichtigung eines anderen Umsatzes – Ablehnung durch die Wettbewerbsbehörde – **Tatsächliche wirtschaftliche Situation** des betreffenden **Unternehmens** – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[10.11.2022, Rs C-414/21, VP Capital](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Niederlassungsfreiheit – Art 49 und 54 AEUV – **Verlegung des satzungsmäßigen Sitzes** einer Gesellschaft in einen **anderen Mitgliedstaat** als dem ihrer Gründung – Rücknahme von vor der Verlegung verbuchten Wertminderungen – Befreiung – **Vergleichbarkeit der Situationen**

[10.11.2022, Rs C-486/21, SHARENGO](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliches System des Mietens und der gemeinschaftlichen Nutzung (**Carsharing**) von Elektrofahrzeugen – Unterscheidung zwischen den Begriffen ‚Dienstleistungskonzessionen‘ und ‚öffentliche Lieferaufträge‘ – Richtlinie 2014/23/EU – Art 5 Nr 1 Buchst b – Art 20 Abs 4 – Begriff ‚Gemischte Verträge‘ – Art 8 – Bestimmung des Vertragswerts einer Dienstleistungskonzession – Kriterien – Art 27 – Art 38 – Richtlinie 2014/24/EU – Art 2 Abs 1 Nr 5 und 8 – Durchführungsverordnung (EU) 2015/1986 – Anhang XXI – Möglichkeit nach nationalem Recht, eine Voraussetzung hinsichtlich der Verzeichnung einer bestimmten beruflichen Tätigkeit in einem Register aufzustellen – Unmöglichkeit, diese Voraussetzung allen Mitgliedern eines befristeten **Zusammenschlusses von Unternehmen** abzuverlangen – Verordnung (EG) Nr 2195/2002 – Art 1 Abs 1 – Verpflichtung, in den **Konzessionsunterlagen** ausschließlich auf das ‚Gemeinsame Vokabular für öffentliche Aufträge‘ zu verweisen – Verordnung (EG) Nr 1893/2006 – Art 1 Abs 2 – Unmöglichkeit, in den Konzessionsunterlagen auf die Klassifikation ‚NACE Revision 2‘ zu verweisen

[10.11.2022, Rs C-494/21, Eircom](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste** – Universaldienst und Nutzerrechte – Richtlinie 2002/22/EG (**Universaldienstrichtlinie**) – Art 12 – **Berechnung der Kosten** der Universaldienstverpflichtungen und Finanzierung der Universaldienstverpflichtungen – Markt mit einem einzigen Universaldienstanbieter und mehreren Anbietern von Telekommunikationsdiensten – Feststellung der unzumutbaren Belastung

[10.11.2022, Rs C-631/21, Taxi Horn Tours](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verfahren zur **Vergabe öffentlicher Bauaufträge**, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge – Richtlinie 2014/24/EU – **Erteilung des Zuschlags** – Art 2 Abs 1 Nr 10 – Begriff ‚Wirtschaftsteilnehmer‘ – Einbeziehung einer offenen Handelsgesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit – Art 19 Abs 2 und Art 63 – Gemeinschaftsunternehmen oder Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen der beteiligten Personen – Art 59 Abs 1 – Verpflichtung, eine oder mehrere Einheitliche Europäische Eigenerklärungen (**EEE**) einzureichen – Zweck der EEE

B. SCHLUSSANTRÄGE

[10.11.2022, Rs C-40/21, Agenția Națională de Integritate \(GA Emiliou\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Entscheidung 2006/928/EG – **Kooperations- und Kontrollverfahren** – **Öffentliches Wahlamt** – Interessenkonflikt – Sanktionen – Verbot der Bekleidung öffentlicher Wahlämter für einen vorbestimmten Zeitraum – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 49 Abs 3 – **Verhältnismäßigkeit der Sanktionen** – Unmittelbare Wirkung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit – Befugnisse nationaler Gerichte – Art 15 Abs 1 – Recht zu arbeiten – Begriff ‚Arbeit‘ – Art 47 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf

[10.11.2022, Rs C-612/21, Gmina O \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2, 9 und 13 – **Dienstleistung gegen Entgelt** – Begriff des **Steuerpflichtigen** – Wirtschaftliche Tätigkeit – Typologische Betrachtung – Einrichtung des öffentlichen Rechts, die den Ausbau erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet für die Einwohner gegen eine Eigenbeteiligung von 25 % organisiert und 75 % der Kosten über einen Zuschuss von einem Dritten erstattet erhält – Umsätze im Rahmen der öffentlichen Gewalt – **Keine größeren Wettbewerbsverzerrungen**

[10.11.2022, Rs C-616/21, Gmina L \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2, 9 und 13 – **Dienstleistung gegen Entgelt** – Begriff des **Steuerpflichtigen** – Wirtschaftliche Tätigkeit – Typologische Betrachtungsweise – Einrichtung des öffentlichen Rechts, die die Asbestbeseitigung im Gemeindegebiet für die Einwohner unentgeltlich organisiert, aber dafür einen Zuschuss von einem Fonds erhält – **Keine größeren Wettbewerbsverzerrungen**

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

08.11.2022, Beschwerde Nr [8819/16](#), Saure/Deutschland

Keine Verletzung von **Art 10 EMRK** (Meinungsfreiheit), Verweigerung der Einsichtnahme in die Akten des Bundesnachrichtendienstes aus Gründen der nationalen Sicherheit, für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung nicht von Bedeutung, Antrag des Bf (Journalist) nicht ausreichend begründet, Behörden im Rahmen des Ermessens gehandelt

08.11.2022, Beschwerde Nr [63950/19](#), Gaggi/Österreich

Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren), Ablehnung des Antrags der Bf, ein drittes und entscheidendes Sachverständigengutachten über ihren geistigen Zustand zum Tatzeitpunkt einzuholen, obwohl zwei verfügbare Sachverständigengutachten zu diesem Sachverhalt vorliegen, Beeinträchtigung der Verteidigungsrechte, keine Möglichkeit entscheidende Sachverständigenbeweise wirksam anzufechten, die Fairness des Verfahrens insgesamt wurde beeinträchtigt

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.